



Stimmen aus der
Ukraine



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Foto: Martin Pilgram

pax christi präsentierte sich mit einem vielfältigen Programm auf dem diesjährigen Katholikentag in Stuttgart. Eine Zusammenstellung der zahlreichen Podien, Workshops und Ausstellungen finden Sie auf den Seiten 18 und 19.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser pax_zeit kommen Stimmen aus der Ukraine zu Wort. Menschen, die versuchen dort zu überleben. Solidarisch organisieren sie miteinander das Leben im Krieg. Der Aktivist und Künstler Jaroslaw Minkin rückt die Menschen, nicht die Gebiete in den Fokus. Der Priester Oleksandr Petrenko beschreibt die Veränderungen in seiner Gemeinde. Zu der Frage, die uns alle umtreibt, wie der Krieg beendet werden kann, beschreibt Andreas Zumach die wahrscheinlichsten Szenarien. Aus der Perspektive der NGO Memorial analysiert Vera Ammer die russische Situation.

Mit diesen Aspekten möchten wir auch die Diskussion in pax christi anreichern. Was ist für uns jetzt zu tun? Das wird auf der Delegiertenversammlung zu diskutieren sein, für die der Bundesvorstand einen Studienteil zum Krieg gegen die Ukraine vorbereitet. Mehr dazu – wie immer – auf paxchristi.de

Auch wenn unser Fokus zurzeit gen Ukraine geht, haben sich die anderen Konflikt- und Krisengebiete leider nicht beruhigt und dürfen nicht vergessen werden. Im Nahen Osten eskalieren die Kämpfe. Zwei Artikel greifen die Arbeit langjähriger Partnerorganisationen auf und skizzieren die Hintergründe der Europäischen Bürgerinitiative, die sich für den Stopp des Handels mit völkerrechtswidrigen Siedlungen ausspricht.

Ertragreiche Lesestunden wünscht
Ihre

Christine Hoffmann

Keine Gewalt

Die Erfahrungen der friedlichen Revolution mit Gewaltfreiem Handeln stellt der Ökumenische Arbeitskreis Prenzlauer Berg (ÖAK) auf seiner Website dar. Ihm gehören katholische, evangelische und evangelisch-freikirchliche Christinnen und Christen aus Gemeinden in Berlin Prenzlauer Berg an. Der Arbeitskreis erinnert an den Mut der Menschen und die Rolle der Kirchen während der friedlichen Revolution.

Ein spannendes Stück deutsche Geschichte!



keinegewalt.com

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber: in pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg Titelfoto Chuko Cribb Gesamtherstellung Eva Bege- mann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert)

Redaktionsschluss für die Ausgabe 04_2022: 07.10.2022

Beilage: Flyer der Ökumenischen Friedensdekade

Einladung zur pax christi- Delegiertenversammlung

21. – 23. Oktober 2022 in Fulda

Themen sind:

- Studienteil und Positionsantrag zum Krieg gegen die Ukraine
- Die pax christi-Kampagne „Gewaltfrei trägt“
- Die Vorbereitung des pax christi-Kongresses im Mai 2023 in Leipzig
- Eine Satzungsänderung zur Ermöglichung digitaler Beschlussfassungen und Wahlen
- Und einiges anderes mehr

Anmeldung an sekretariat@paxchristi.de

Inhalt

Ukraine

4 Ukraine – wie weiter?

Andreas Zumach

6 Leben und kirchliche Realität unter Kriegsbedingungen

Erzpriester Oleksandr Petrenko

8 Im Zeichen des Krieges in der Ukraine – Kriegsdienstverweigerung

Rudi Friedrich

10 „Der Krieg geht um Menschen, nicht um Territorien.“

Interview mit Jaroslaw Minkin

Russland

12 Repressionen und Willkür in Russland

Vera Ammer

Nahost

14 Konsequentes Engagement gegen die Besatzung

Johannes Zang

16 Enteignung im Westjordanland nimmt zu

Wiltrud Rösch-Metzler

Katholikentag

18 „Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen“ – Katholikentag

Odilo Metzler

Bundesvorstand

20 Kongress Mai 2023 – Einladung

Diözesanverbände im Profil

21 Trommeln für den Frieden

Gertrud Casel

Kommissionen im Profil

22 Kommission Solidarität Eine Welt

Margaret Buslay

Glaube Perspektive

23 Die Sehnsucht nach Frieden wecken ...

Susanne Warmuth



Foto: Chuko Gribb

Mit unterschiedliche Blickwinkeln und Inneneinsichten auf den Krieg in der Ukraine beschäftigt sich der aktuelle Schwerpunkt der pax_zeit. Vorbereitet wurde er von den Mitgliedern der pax christi-AG Mittel- und Osteuropa. Hier erzählen Menschen aus der Ukraine, wie sie die aktuelle Situation erleben und wie sie sich um ihre Mitmenschen kümmern. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 4.

Ukraine – wie weiter?

Analysen eines Friedensjournalisten

Andreas Zumach



Nach über sechs Monaten Ukraine-Krieg ist sein Ende nicht absehbar. Vier Wochen nach Beginn von Putin-Russlands Überfall auf das Nachbarland und „Brudervolk“ war kurzzeitig leise Hoffnung aufgekeimt. Bei der Verhandlungsrunde zwischen den Regierungsdelegationen beider Länder am 24. März in Istanbul hatte die ukrainische Seite erstmals ein schriftliches Angebot mit sechs Punkten auf den Tisch gelegt: 1. Waffenstillstand; 2. Abzug aller russischen Invasionstruppen; 3. völkerrechtlich verbindliche Neutralitätserklärung der Ukraine, Verzicht auf Beitritt zur NATO und Verbot ausländischer Militärstützpunkte auf ukrainischem Territorium; 4. verbindliche Sicherheits- und Beistandsgarantien für die Ukraine durch eine Reihe anderer Staaten. Genannt wurden in dem Vorschlag u. a. die USA, Großbritannien, Kanada, die Türkei, Polen, Israel und Deutschland; 5. Einfrieren des derzeitigen Status der von Russland 2014 völkerrechtswidrig annektierten Krim für 15 Jahre, um in dieser Zeit eine Vereinbarung über den künftigen Status der Halbinsel auszuhandeln; 6. direkte Verhandlungen zwischen den Präsidenten Selenskyj und Putin über einen Sonderstatus für die beiden umstrittenen Donbass-Provinzen.

Ernsthafte Verhandlungen?

Dieses Paket hätte für Putin doch eine Möglichkeit sein können, seine „spezielle Militäroperation“ als zumindest

teilweise erfolgreich zu verkaufen und damit gesichtswahrend zu beenden, waren sich damals viele Beobachter:innen des Kriegsgeschehens einig. Doch schon bald erwies sich diese Hoffnung als Illusion. Putin blieb im Wesentlichen an den in der Nacht des Überfalls auf die Ukraine verkündeten Maximalzielen. Und dies trotz aller Rückschläge der russischen Streitkräfte auf dem Schlachtfeld und der dadurch bedingten Verzögerungen des ursprünglichen Moskauer Zeitplans für einen erfolgreichen Blitzkrieg. Seit Ende April wird nicht mehr miteinander verhandelt. Auch die ukrainische Regierung redet inzwischen nicht mehr über Verhandlungen, sondern schürt – ermuntert durch die westlichen Waffenlieferungen – die Hoffnung auf einen militärischen „Sieg“ über die russischen Invasionstruppen und gar auf die „Rückeroberung“ der Krim.

Nach Ansicht fast aller Militärexpert:innen sind das Illusionen angesichts der großen Überlegenheit Russlands sowohl bei der Zahl der potenziell zu mobilisierenden Soldaten und Reservisten (bis zu zweieinhalb Millionen) wie bei Art und Umfang der Bewaffnung, insbesondere der russischen Luftstreitkräfte. Unter diesen Rahmenbedingungen sind ernsthaft geführte Verhandlungen zwischen Moskau und Kyiv vorläufig nicht zu erwarten. Erst nach vielen weiteren Monaten, im schlimmsten Fall sogar Jahren des Krieges könnte es vielleicht zu einem militärischen Ermüdungspatt kommen, und in der



Kyiv statt Kiew



Die pax_zeit hat sich entschieden, in diesem Heft die ukrainische Schreibweise der Ortsnamen in der Ukraine zu nutzen, weil die Sprache in diesem Konflikt von höchster Bedeutung ist. Wir bringen damit zum Ausdruck, dass wir die ukrainische Kultur als selbständig anerkennen.

Folge auf beiden Seiten zu ernsthafter Verhandlungsbereitschaft. Nicht auszuschließen ist aber auch, dass Russland nach der bis zum Oktober angestrebten vollständigen Eroberung der beiden Donbass-Provinzen sowie des gesamten Küstenstreifens am Asowschen Meer bis nach Odessa oder gar bis zur moldawischen Grenze die Kriegshandlungen zunächst einstellt, um zunächst einmal die Eroberung dieses aus Moskauer Sicht russischen Kernlandes zu konsolidieren. Die für eine Eroberung und Besetzung der gesamten Ukraine erforderliche Generalmobilmachung hat Putin in seiner Rede am 9. Mai entgegen der Erwartung vieler Beobachter:innen noch nicht angekündigt.

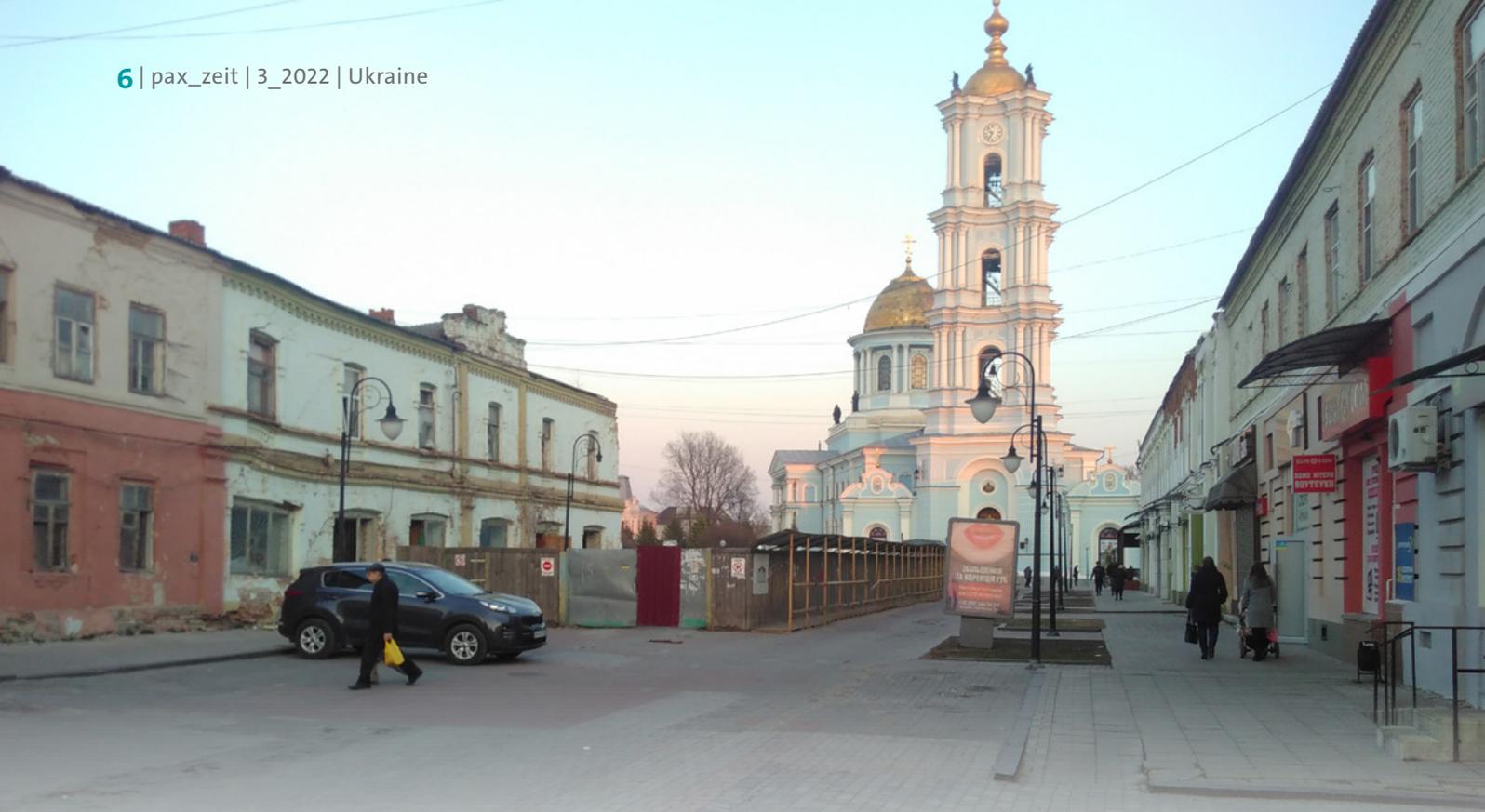
Konfrontation vermeiden

Eine diplomatische Alternative zu den diversen düsteren Szenarien einer Fortsetzung dieses Krieges wäre möglich, wenn China entsprechenden Druck auf Russland und der Westen Druck auf die Ukraine ausüben würde. Noch ist die chinesische Regierung nicht dazu bereit. Doch in Peking mehren sich die Stimmen, die die für China schon jetzt sehr spürbaren negativen Auswirkungen des Krieges auf den Weltmarkt sowie die drohende Verschlechterung der Beziehungen zu seinen Haupthandelspartnern und Absatzmärkten USA und Europa für das größere Übel halten als Differenzen mit Russland über den Ukraine-Krieg.

Auf Seite des Westens ist die Lage komplizierter, da die Interessen der USA und die der Europäer im Ukraine-Konflikt nicht deckungsgleich sind. In Washington fordern die Biden-Administration und die republikanische Opposition im Kongress in seltener Eintracht, Russland müsse „besiegt“, „niedergerungen“ oder „dauerhaft geschwächt werden“. Aus Rom kommen stattdessen Vorschläge für eine diplomatische Lösung. In der Berliner Ampelkoalition vertritt die Außenministerin die Linie der USA, während sich der Kanzler deutlich vorsichtiger äußert. Druck des Westens auf die Regierung in Kyiv, sich auf Verhandlungen einzulassen, ist unter diesen Umständen zumindest vorläufig nicht zu erwarten.

Dennoch: Dieser Krieg ist der Anfang vom Ende der Ära Putin. Dafür gibt es zahlreiche Indizien. Eine Sicherheits- oder gar Friedensordnung in Europa kann es nur mit und nicht ohne oder gar gegen Russland geben. Daher sollten der Westen alle Weichenstellungen unterlassen, die uns auf Jahrzehnte der Konfrontation festlegen.

Andreas Zumach ist Journalist und Buchautor. Er war von 1988 – 2020 UNO-Korrespondent für zahlreiche Medien in Genf. Er ist Träger des Göttinger Friedenspreises.



Leben und kirchliche Realität unter Kriegsbedingungen

Die Kirche des Hl. Spiridon im Dorf Zelenyj Gaj, Ukraine

Erzpriester Oleksandr Petrenko

Foto: Thomas Bremer

Diese Beschreibung ist Zeugnis für die Lebensumstände einer kleinen christlichen Dorfgemeinde, wie sie sich seit Kriegsbeginn in der Ukraine gestalten. Am Morgen des 24. Februar 2022 begannen Truppen der Russischen Föderation auf das Territorium der Ukraine vorzudringen. Von den ersten Minuten an schlugen Raketen und Bomben im Bezirk Sumy ein, der eine etwa 500 km lange Grenzlinie zu Russland hat. Meine ersten Gedanken waren: Das stimmt nicht, das kann nicht stimmen. Es war schwer zu glauben, dass der Krieg tatsächlich begonnen hat, dass ein Staat die militärische Aggression angefangen hat, mit dem die Ukraine den gemeinsamen orthodoxen Glauben teilt.

Unsere Gemeinde liegt mit ihrer im Bau befindlichen Kirche im Dorf Zelenyj Gaj („Grünes Wäldchen“), das in schöner Lage fünf Kilometer von der Stadt Sumy entfernt ist. Die meisten Gemeindemitglieder wohnen in der Stadt, haben ein Grundstück im Dorf und besuchen am Wochenende den Gottesdienst. Das militärische Vorgehen Russlands hat diese Welt, die es in Zelenyj Gaj gab, völlig verändert. Alle waren vom Krieg ergriffen, der sich jede Minute weiter entfaltete. Vom frühen Morgen an riefen Pfarrangehörige an, die bereit waren, der vorrückenden Armee Widerstand zu leisten. Sie fragten nach Rat und Segen, sie baten um Gebete und geistliche Unterstützung.

Am Mittag bewegten sich zwei Kolonnen Panzer und andere Militärtechnik durch die Stadt. Gegen Abend entbrannte am Haupteingang zum Kadettenkorps von Sumy das erste Gefecht. Kugeln und Splitter beschädigten die Fenster in der Kirche des Hl. Johannes, die zur Erinnerung an den Krieg in Afghanistan erbaut wurde, und in der für die in Afghanistan getöteten Soldaten aus Sumy gebetet wurde.

Auch in anderen Städten entbrannten Kämpfe, was dazu führte, dass Sumy mehr als 40 Tage blockiert war: Güter konnten die Stadt weder verlassen noch erreichen. Viele Geschäfte waren geschlossen und eine Sperrstunde wurde verhängt, sodass man nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr die Straße betreten durfte. Regelmäßig ertönten die Sirenen, die vor einem beginnenden Angriff warnten, worauf sich die Menschen in Keller und Luftschutzräume flüchteten.

Abschied nehmen

Um die zivilen Bewohner:innen Sumys zu evakuieren, wurden „humanitäre Korridore“ eingerichtet und einige Zehntausend Frauen, ältere Menschen und Kinder verließen ihre Heimatstadt und wurden zu Flüchtlingen. Die Evakuierungen sorgten für eine angespannte Atmosphäre in der Stadt: Viele Menschen wurden von Panik und Mutlosigkeit ergriffen. Unter den Evakuierten waren auch Mitglieder unserer Gemeinde.

Für mich war der Moment des Abschieds eine der schwersten Erfahrungen: Ich kann sagen, dass die Evakuierung einer der schwersten Momente für jeden Menschen ist – für den, der sein Haus verlässt, wie für den, der seine Nächsten in die Ungewissheit verabschiedet.

In dieser Zeit hörten die Angriffe auf die Stadt nicht auf, Zivilist:innen kamen ebenso um wie Soldaten, die ihr Land verteidigten. Es kamen Nachrichten von der Bestialität der Besatzer in Trostjanez und in den Dörfern, in denen russische Soldaten waren. Dauernd trafen Neuigkeiten über blutige Gefechte ein, die in unmittelbarer Nähe von Sumy stattfanden. Die ersten Gefallenen wurden überführt und wir hielten das Totengebet ab.

Da die Bombardements und die Raketeneinschläge zu vielen Zerstörungen und Beschädigungen von Häusern und Gebäuden geführt hatten, wurde in einigen Dörfern auch Hilfe zum Wiederaufbau organisiert. Außerdem leistete die Gemeinde den Angehörigen der Territorialverteidigung Hilfe: Es wurden Lebensmittel, Wasser, Schlafsäcke, Thermowäsche und Spezialausrüstung gesammelt. Mit den Einheiten, in denen unsere Gemeindemitglieder Dienst leisteten, wurde Kontakt gehalten, und ebenso mit anderen Freiwilligen.

Der Krieg hatte auch Einfluss auf den Ablauf und Charakter der Gottesdienste in unserer Kirchengemeinde. Da viele nicht zur Kirche kommen konnten, fanden die meisten Gottesdienste der Fastenzeit ohne Teilnehmer:innen statt. Auch nach Ostern blieb es gefährlich: Anfang Mai explodierte eine russische Rakete unmittelbar neben der Kirche. Die Beschießungen dauern bis jetzt an. (Stand Juni 2022)

Position des Patriarchen

Während der Gottesdienste werden besondere Gebete für die Soldaten verrichtet, für die Gesundheit der Verwundeten, für die gefallenen Soldaten der ukrainischen Armee. Die Gemeinde lernte, unter den Bedingungen anhaltender Gefahr zu leben und ihre Einheit zu bewahren.

Eine ernsthafte Herausforderung für unsere Gemeinde war die Position des Moskauer Patriarchen, der den Militärangriff gegen die Ukraine faktisch unterstützte und zur Tötung friedlicher Bürger:innen der Ukraine und zur Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen schwieg. Diese Position eines Oberhirten, der bei jedem Gottesdienst als höchste kirchliche und moralische Autorität genannt (kommemoriert) wird, führte dazu, dass eine solche Kommemoration nicht mehr tragbar war. Die Gemeinde unterstützte in dieser Frage meine Meinung als Pfarrer uneingeschränkt.

So bildete sich eine Gruppe von Priestern, die ein entsprechendes schriftliches Gesuch an den Metropoliten von Sumy und Ochtyrka, Jewlogij, richtete, was dazu führte, dass die Kommemoration zunächst in Sumy, dann in einigen Dutzend Bistümern in der Ukraine endete. Diese Initiative

spielte eine wichtige Rolle beim Konzil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, bei dem eine Reihe von Veränderungen im Statut unserer Kirche beschlossen wurde, um administrative Unabhängigkeit von der Russischen Orthodoxen Kirche und schließlich völlige kanonische Autokephalie zu erlangen. Einer der Initiatoren unserer Gruppe, Archimandrit Serafim (Pankratow), war beim Konzil Delegierter des Bistums von Sumy und trat dort energisch für die Selbstständigkeit der Orthodoxen Kirche der Ukraine ein.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ereignisse der letzten drei Monate, die von ständiger militärischer Aktivität, Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Menschen und wachsendem Bedarf an sozialer Hilfe und geistlicher Unterstützung bestimmt waren, das Leben unserer Gemeinde geprägt haben. Es ist uns gelungen, Prioritäten zu setzen und die moralische und geistige Position von Christ:innen herauszustellen, die ihr Zeugnis von der Wahrheit Christi abgeben.

Erzpriester Oleksandr Petrenko ist Leiter eines kirchlichen Rehasentzentrums in Zelenyi.



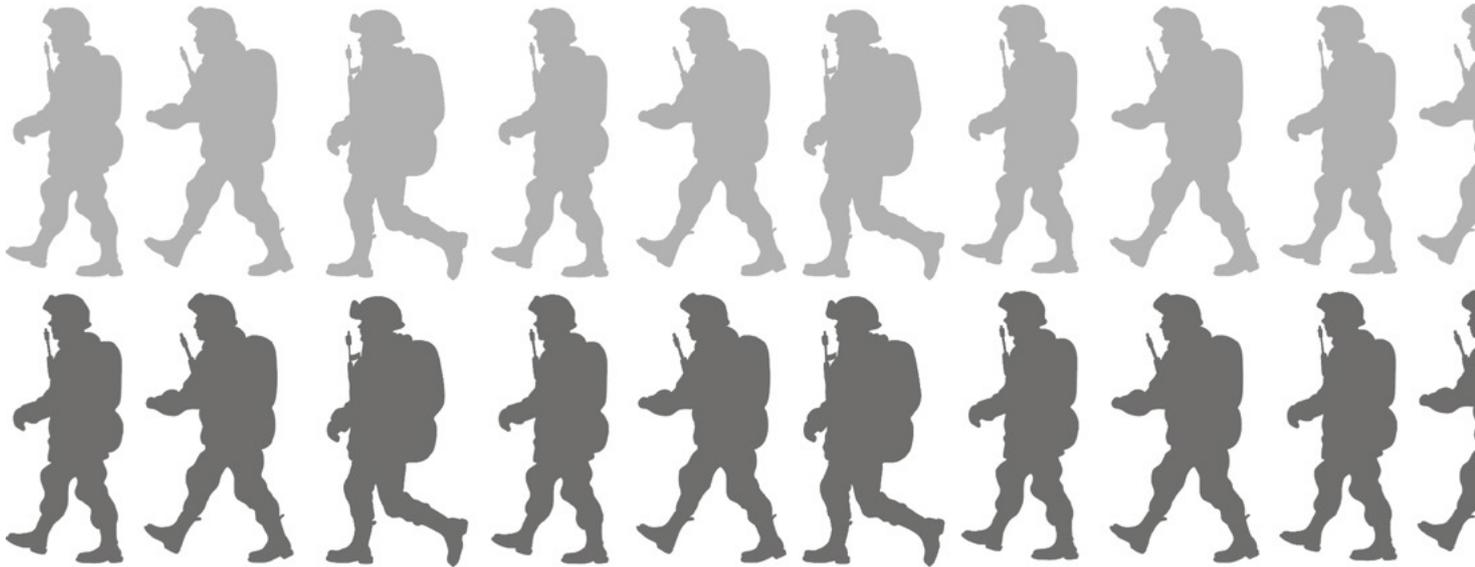
Foto: Oleksandr Petrenko

Priester Petrenko mit einem Hilfspaket für eine von ihm betreute Familie

Im Zeichen des Krieges in der Ukraine

Welche Bedeutung haben Kriegsdienstverweigerung und Desertion?

Rudi Friedrich



In diesen Tagen wird uns immer wieder die Frage gestellt, ob Kriegsdienstverweigerung und Desertion wirklich ein Mittel sind, um Kriege zu beenden oder doch zumindest die Kriegsführung zu schwächen. Das ist eine wichtige Frage angesichts des aktuellen Krieges in der Ukraine, der zu großen Zerstörungen, vielen Toten und Verletzten und Millionen von Flüchtlingen führt.

Eines vorweg: Für uns von Connection e. V. ist die Verweigerung der Beteiligung an einem Krieg auf jeden Fall legitim und zu begrüßen. Wir unterscheiden nicht zwischen Menschen, die eine grundsätzliche Entscheidung gegen Krieg getroffen haben und anderen, die ganz konkret die Beteiligung in diesem Krieg ablehnen. Und wir unterscheiden auch nicht zwischen Menschen aus Russland, Belarus und der Ukraine. In jeder Situation gibt es das Recht, sich der Kriegsbeteiligung zu verweigern, im Falle von Belarus sich einer nicht unwahrscheinlichen Kriegsbeteiligung des Landes zu entziehen. Und gerade in einer Kriegssituation muss sich zeigen, inwieweit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wirklich anerkannt wird.

Handlungsmöglichkeit außerhalb der Kriegslogik

In wenigen Fällen hatten sich in einer Kriegssituation so viele den Kämpfen entzogen, dass der Krieg beendet wurde, so im Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan in den 90er Jahren. In der Regel ist das aber nicht der Fall, das Militär weiter kampfbereit. Dennoch, wenn sich viele verweigern, hat das große Bedeutung für die Gesellschaften, aus denen sie kommen. Kriegsdienstverweiger:innen und Deserteur:innen geben ein Beispiel für Handlungsmöglichkeiten außerhalb

der Kriegslogik, die nur Verbündete und Feinde, nur die militärische Auseinandersetzung, den Kampf sieht.

Sie zeigen auf, dass es zwar einen Zwang gibt, zum Militär zu gehen und dort zu bleiben: über Wehrpflicht, über ein Narrativ, das Vaterland und Heimat über alles stellt, über die Verherrlichung einer Männerrolle als Kämpfer und Beschützer. Dies verhindert aber nicht, dass Personen nach Möglichkeiten suchen, sich dem auf ihnen lastenden Zwang zu widersetzen oder ihm auszuweichen. Sie stellen das Befehls- und Gehorsamsprinzip, ohne dass das Militär mit seinen hierarchischen Strukturen nicht funktioniert, infrage. Ihr Handeln ist ein Schritt der Emanzipation, der bis hin zu der Idee reichen kann, einen Krieg auf diese Weise zu beenden.

Diese Überlegung ist zugleich ein Grund, weshalb insbesondere die Desertion von Staaten rabiāt verfolgt und mit schwerwiegenden Strafen geahndet wird. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass das Handeln der Verweiger:innen zum Vorbild werden könnte. Ebenso ist ein solcher Schritt für viele auch die einzig mögliche Alternative, sich nicht an den Verbrechen eines Krieges zu beteiligen. Die Motive sind vielfältig und entsprechen nur selten denen, die hier in Deutschland als Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verstanden werden, also einer generellen Ablehnung jeden Kriegseinsatzes.

Ablehnung des Krieges

In Russland, Belarus und auch in der Ukraine gibt es ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Aber in allen Fällen ist es restriktiv ausgelegt, sodass bestimmte Gruppen oder



auch Soldat:innen und Reservist:innen das Recht nicht in Anspruch nehmen können. In den Russland-Analysen wird Mitte Mai 2022 davon ausgegangen, dass mindestens 300.000 Personen wegen des Krieges Russland verlassen haben. Ein wichtiger Grund dafür ist die Ablehnung des Krieges. Wie viele Militärdienstentzieher:innen oder Deserteur:innen sich darunter befinden, ist allerdings nicht klar. Die in Litauen ansässige belarussische Organisation Nash Dom sprach bei einem Besuch in Offenbach am 14. April 2022 davon, dass 2.000 belarussische Militärdienstentzieher:innen nach Litauen gekommen seien. Insgesamt gäbe es wohl 20.000 Militärdienstentzieher:innen, die Belarus verlassen haben.

Auch in der Ukraine haben sich offensichtlich Tausende Militärdienstpflichtige dem Krieg entzogen. Zahlen darüber gibt es jedoch nur aus Moldawien. Die dortige moldawische Regierung erklärte am 10. April 2022, dass seit Ende Februar über 1.000 ukrainische Männer die Grenze illegal überquert hätten, weitere 2.000 seien legal eingereist. Die große Mehrheit von ihnen beantragte Asyl. Uns erreichen Anfragen nicht nur aus den am Krieg beteiligten Ländern, sondern auch aus Georgien, Türkei, Armenien oder Litauen. Das sind Länder, in die russische und belarussische Staatsbürger:innen als Besucher:innen einreisen können. Für einige Monate bietet das Schutz. Dann aber läuft das Visum aus. Gibt es nun noch Möglichkeiten, z. B. nach Westeuropa zu kommen? Und gäbe es in Westeuropa die Möglichkeit, Schutz und Asyl zu erhalten?

Realistische Alternativen

Eine Petition an den Deutschen Bundestag, die von Connection e. V. gemeinsam mit 50 Organisationen eingereicht wurde,

hat immerhin schon dazu geführt, dass das Bundesinnenministerium russischen Deserteur:innen Asyl gewähren will. Es sind gute erste Schritte. Es darf aber auf keinen Fall dabei bleiben. Auch diejenigen, die sich rechtzeitig der Rekrutierung entziehen – und somit nicht als Deserteur:innen gelten – auch die Verweiger:innen aus Belarus und der Ukraine brauchen den notwendigen Schutz. Und dies haben wir auch gemeinsam mit pax christi Deutschland und Pax Christi International im Juni 2022 in einem Appell gegenüber dem Europäischen Parlament deutlich gemacht. Wir hoffen sehr, dass dies zu einer besseren Situation für die Betroffenen führt. Sie brauchen realistische Alternativen.

Kriegsdienstverweiger:innen und Deserteur:innen können Sand im Getriebe des Militärs sein. Es ist ein Akt der Selbstbestimmung und Humanität. Es ist ein Zeichen auch für alle anderen, dass es Alternativen zum Einsatz im Krieg gibt, auch wenn Strafverfolgung droht. Die Unterstützung der Verweigerer:innen und Deserteur:innen ist somit ein Mittel, um gegen den Krieg aktiv zu werden. Ihnen gilt unsere Solidarität.

Rudi Friedrich ist Sprecher von Connection e. V. Der Verein setzt sich international für Kriegsdienstverweigerung ein.



Weitere Informationen
connection-ev.org



„Der Krieg geht um Menschen, nicht um Territorien.“

Gespräch mit dem ukrainischen Menschenrechtsverteidiger
Jaroslav Minkin

Jaroslav Minkin. Geboren 1984 in Luhansk, verbrachte er seine Jugend in Jalta und kehrte dann für einige Jahre in den Donbas zurück. Als Dichter gewann er zwei internationale Slam-Wettbewerbe, führte von 2004 bis 2014 zahlreiche Kunstperformances und aktivistische Interventionen gegen autoritäre Tendenzen in der Ukraine durch und widmete sich schließlich Menschenrechtsaktionen zur Verteidigung der Vielfalt und zur Förderung der sozialen Inklusion. 2014 war er gezwungen, Luhansk zu verlassen und begann, in Ivano-Frankivsk aktiv zu werden. Dort arbeitet er jetzt als Ausbilder und Vermittler zu den Themen Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter und Antidiskriminierung, partizipative Demokratie, kulturelle Vielfalt und interkultureller Dialog.

Wie funktioniert Friedensarbeit im Krieg?

Wir haben Peacebuilding nie als Dialog zwischen zwei Extremen verstanden. Wir versuchen eher, Menschen verständlich zu machen, warum wir Diversität brauchen und warum Vielfalt uns stärken kann. Auch jetzt möchten wir über Frieden sprechen. Ich bin sicher, dass alle Menschen Expert:innen für Peacebuilding sind, jede/r kann dabei auf die eigenen Erfahrungen bauen. Die Schwierigkeit momentan in der Ukraine ist, dass die Menschen gerade ganz andere Bedürfnisse haben: Wasser, Lebensmittel, Hygieneprodukte oder wieder bei ihren Familien zu sein. In der Ukraine fokussieren wir uns deswegen gerade auf humanitäre Hilfe und bilden unsere Freiwilligen fort. Mit Masha Vyshedska, einer Künstlerin aus dem Donbass, machen wir ein Projekt, um zu zeigen, wie es den Menschen geht, die die Ukraine nicht verlassen haben. Wir haben 70 Bildergeschichten gestaltet, die über das Leben unter der Okkupation berichten. Unsere Aufgabe



FOTO: Jaroslaw Minikin

ist es, den Stimmen dieser Menschen einen Raum zu geben. Außerhalb der Ukraine haben wir Pilotprojekte, in denen wir versuchen, Einheimische und Geflüchtete zusammenzubringen. Die ersten Aktionen werden in Bern und bei der Documenta in Kassel stattfinden. Unsere Idee ist es, mit Menschen, die im Frieden leben, darüber zu sprechen, wie man Frieden erhalten kann, denn Frieden ist das wertvollste, was es auf der Welt gibt.

Wie sieht eure tägliche Arbeit momentan aus?

Wir unterstützen Kinder, die mit oder ohne Eltern in andere Regionen fliehen mussten. Wir bieten psychologische Hilfe an. Außerdem unterstützen wir Familien mit Hygieneartikeln,

Lebensmitteln sowie rechtlicher und finanzieller Hilfe. Wir bauen ein Netzwerk an Notunterkünften auf, denn es wird immer offensichtlicher, dass die Menschen nicht zurück in die umkämpften Gebiete kehren können. Eines meiner Hauptanliegen ist es gerade, allen zu vermitteln, dass sie nicht in ihre Heimatorte zurückkehren sollen, solange dort gekämpft wird – das wäre nicht nur gefährlich, sondern auch mit hohen Kosten für die Gesellschaft verbunden. Alle Lebensmittel müssen über humanitäre Hilfstransporte dorthin gebracht werden. Ich denke nicht an unsere Gebiete, sondern an unsere Menschen. Wenn wir unsere Gebiete zurückbekommen, aber keine Menschen mehr haben, die sie verändern können, haben wir den Krieg verloren. Der Krieg geht um Menschen, nicht um Territorien. Viele Menschen möchten zurück in ihr Zuhause, in die friedliche Gesellschaft, die es vor dem Krieg gab, aber dorthin können sie nicht zurück, bis wir eine Zeitmaschine erfinden.

Habt ihr ab einem bestimmten Zeitpunkt mit dem russischen Angriff gerechnet?

Für uns ist klar, dass die Invasion im Februar nicht der Beginn des Krieges war. In unserem Team haben wir auch Veteranen, die jetzt wieder an der Front stehen, und wir haben seit 2014 viele Projekte in den am meisten vom Krieg betroffenen Regionen umgesetzt. Seit 2014 war für uns auch klar, wer unser Feind ist. Zehn Tage, bevor die Februar-Invasion begann, hatten wir ein Treffen mit unseren schwedischen Partner:innen, bei dem wir verschiedene Szenarien der Eskalation ausarbeiteten, auch das eines Angriffskrieges von Russland, der das ganze

Land betreffen würde. Unsere Partner:innen waren skeptisch: „Fangt nicht an, über Krieg zu sprechen, dazu wird es nicht kommen!“ – Rückblickend waren sie froh, dass wir Ideen hatten, was wir machen können. Ja, wir haben geplant, im schlimmsten Falle wegzuziehen, denn unser Team haben wir über Jahre hinweg mühsam aufgebaut und fortgebildet. Wir sind keine Organisation, die im militärischen Bereich unterstützen kann. Wenn man auf die Geschichte blickt, sieht man, dass die Ukraine nur kurze Zeit unabhängig war, aber über Jahrhunderte hinweg haben Ukrainer:innen gegen autoritäre Regime gekämpft und dabei ihre Identitäten behalten. Ich habe an der Katholischen Universität studiert, die in den 1940er Jahren im Ausland gegründet wurde, mit dem Ziel, irgendwann in die Ukraine zurückzukehren. Und das hat direkt nach der Erlangung der Unabhängigkeit funktioniert. Für mich ist die Ukraine vor allem eine Zivilgesellschaft. Das war Putin wahrscheinlich nicht bewusst, ebenso wenig den anderen post-sowjetischen Staaten, die keine oder keine aktive Zivilgesellschaft haben.

Wie können wir euch aus Deutschland unterstützen?

Ich empfehle, z. B. über soziale Netzwerke, Menschen aus den besetzten Regionen (z.B. Cherson, Nova Kakhovka oder dem Donbass) zu kontaktieren. Sie wollen ihre Haltung gegen die Besatzung zeigen. Ihr könnt sie mit Worten unterstützen und ihnen versichern, dass ihr ihnen glaubt und wisst, dass die Referenden gefälscht wurden. Nicht fragen, ob Putin gut oder böse ist – das ist keine Frage.

Es ist auch wichtig, mit den europäischen Gesellschaften zu arbeiten und für Verständnis für die Geflüchteten zu werben. Ich möchte Friedensarbeiter:innen dazu einladen, mit der ganzen Gesellschaft zu arbeiten – mit Menschen verschiedener Hintergründe, auch aus der Ukraine oder der Russischen Föderation. Ihr könnt kleine Initiativen, die in der Ukraine auf der lokalen Ebene etwas tun, unterstützen. Das muss nicht unbedingt eine finanzielle Unterstützung sein, sondern z. B. auch Öffentlichkeitsarbeit. Und generell: Teilt Nachrichten, keine Fake-News. Lasst die Ukraine und den Krieg nicht in Vergessenheit geraten. Der Krieg ist jetzt näher als je zuvor und viele Entwicklungen hängen damit zusammen – auch die globale Ernährungslage und auch die Klimakatastrophe. Ihr könnt euch da nicht raushalten. Ihr könnt das Thema nicht leid werden. Bitte bleibt informiert. Das ist alles.

STAN strebt den Aufbau einer kreativen Zivilgesellschaft in der Ukraine an. Das Gespräch führte Elena Rother, die Mitglied der pax christi-AG Mittel- und Osteuropa ist.





Repressionen und Willkür in Russland

Geschichte wird propagandistisch instrumentalisiert – zur Ausschaltung von Memorial in Russland

Vera Ammer

Im November letzten Jahres wurden die beiden wichtigsten Verbände von Memorial – Memorial International und das Menschenrechtszentrum Memorial – zunächst per Mail davon in Kenntnis gesetzt, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Auflösung beider Organisationen beantragt hatte. Nach den zunehmenden Drangsalierungen der letzten Jahre und insbesondere in den Wochen zuvor hatte man mit einschneidenden Repressalien gerechnet, aber dennoch nicht mit diesem extremen Schritt. Der Verdacht, dies könne mit außenpolitischen Ambitionen zusammenhängen, drängte sich sofort auf. Angesichts des Truppenaufmarschs an der ukrainischen Grenze lag die Befürchtung, dass ein Angriff auf die Ukraine

geplant werde, in der Luft. Für diesen Fall musste das „Hinterland“ freigehalten werden. Eine Auflösung von Memorial wäre ein unmissverständliches Signal an alle anderen, vorwiegend kleinere und weniger bekannte zivilgesellschaftliche Organisationen, sich mit Kritik zurückzuhalten.

Mit der Ausschaltung von Memorial hoffte das Regime, sich in zwei wichtigen Bereichen einer kritischen und nicht einflusslosen Stimme zu entledigen, in denen Memorial sich seit Jahrzehnten engagierte. Jegliche Kritik an der aktuellen Politik und an Menschenrechtsverletzungen sollte zum Schweigen gebracht werden, ebenso wie die kritische Auseinandersetzung

mit der totalitären, stalinistischen Vergangenheit des Landes, zumal sich ein Bezug zur gegenwärtigen Entwicklung mit zunehmendem Nachdruck aufdrängte.

Instrumentalisierung der Geschichte

Im Verhältnis zur Ukraine wird die Geschichte seit Jahren zu propagandistischen Zwecken instrumentalisiert, der Angriffskrieg gegen das Land wird hochstilisiert zur Parallele zum Verteidigungskrieg gegen NS-Deutschland. Das Verbot von Memorial International wurde wenige Tage nach dem Angriff auf die Ukraine – am 28. Februar – rechtskräftig (beim Menschenrechtszentrum erst am 5. April). Die Pressekonferenz von Memorial wenige Tage zuvor stand ganz im Zeichen des soeben begonnenen Krieges, offiziell als Spezialoperation bezeichnet. Die Geschäftsführerin Elena Zhemkova erklärte, mit der Entfesselung des Krieges mache sich die russische Regierung nach dem russischen Strafrecht strafbar. Wie es einst die sowjetischen Dissident:innen taten, müsse man heute erneut die Regierung dazu aufrufen, die Gesetze ihres eigenen Landes einzuhalten.

Kurz nach dem Verbot zeigte sich, dass ein reguläres Aufhebungsverfahren, wie es gesetzlich vorgesehen ist, durch Haussuchungen, Kontensperrungen und weitere Schikanen torpediert würde. Finanziellen Verpflichtungen konnte die Organisation so nicht mehr nachkommen. Mit allen rechtlich möglichen Mitteln setzt sich Memorial dagegen zur Wehr, mit wenig Aussicht auf Erfolg. Zugleich werden Wege zu einer Neuorganisation außerhalb Russlands gesucht. Die zahlreichen Verbände, die vom Verbot nicht betroffen sind und daher in Russland bisher jedenfalls weiter existieren, bemühen sich indes, ihre Aktivitäten fortzuführen und loten ihre Möglichkeiten aus. Die zunehmend restriktive Gesetzgebung hat dies in den letzten Jahren immer mehr erschwert.

Seit Beginn des Krieges gegen die gesamte Ukraine haben die Repressionen und Willkürmaßnahmen jedoch eine andere Dimension angenommen. Alles, was mit dem Krieg zusammenhängt, steht unter strikter Zensur, angefangen mit dem Wort selbst. Zu diesem Thema dürfen nur offizielle Verlautbarungen verbreitet werden, alles andere gilt als „Diskreditierung der Streitkräfte“ der RF und steht unter Strafe. Zunächst können Geldstrafen verhängt werden, im Wiederholungsfalle drohen jedoch auch Haftstrafen bis zu 15 Jahren.

Engagement in der Flüchtlingshilfe

Diese Situation hat zu einer fluchtartigen Ausreisebewegung geführt, vor allem unter Künstler:innen und Journalist:innen. Viele hegen indes noch die Hoffnung, in absehbarer Zeit zurückkehren zu können, weswegen sie in der Regel kein Asyl beantragen. Trotz alledem kommt es in Russland landesweit nach wie vor zu Protesten – nicht zu Massenkundgebungen, aber zu Einzelmahnwachen und mit eindeutigen Botschaften: „UdSSR 1945 – Ein Land, das den Faschismus besiegt hat.“

„Jegliche Kritik an der aktuellen Politik und an Menschenrechtsverletzungen sollte zum Schweigen gebracht werden, ebenso wie die kritische Auseinandersetzung mit der totalitären, stalinistischen Vergangenheit des Landes, zumal sich ein Bezug zur gegenwärtigen Entwicklung mit zunehmendem Nachdruck aufdrängte.“

Russland 2022 – ein Land, in dem der Faschismus gesiegt hat“ – mit diesem Plakat demonstrierte Oleg Orlov vom Menschenrechtszentrum auf dem Roten Platz. Allfällige Geldstrafen werden nicht selten durch Crowdfunding aufgebracht. Um einen ungefährlichen Protest zu ermöglichen, rief Memorial zum 9. Mai dazu auf, digital auf einem „virtuellen“ Roten Platz gegen den Krieg zu demonstrieren, da „eine freie Meinungsäußerung in Russland de facto nicht mehr möglich“ sei (Irina Scherbakowa). Außerdem engagieren sich viele in der Flüchtlingshilfe für Ukrainer:innen, die es im Zuge des Krieges nach Russland verschlagen hat. Sie helfen ihnen gegebenenfalls auch, das Land in Richtung EU zu verlassen. Sie organisieren sich über soziale Netzwerke, meistens in Telegram-Gruppen, und sind in der Öffentlichkeit aus begrifflichen Gründen meist wenig sichtbar. Diese Menschen und ihre Stimmen gilt es wahrzunehmen und, wo möglich, zu unterstützen. Wer sonst könnte ein Garant für eine bessere Zukunft sein – und das nicht nur für Russland.

Dr. Vera Ammer ist Mitglied des MEMORIAL Deutschland e. V. und Mitglied im Vorstand von Memorial International (2010 bis zur Zwangsauflösung 2022)



Mehr Infos finden Sie hier
redsquareprotest.org
memorial.de

Konsequentes Engagement gegen die Besatzung

Drei israelische Friedens- und Menschenrechtsorganisationen feiern Geburtstag

Johannes Zang

„Gerade werden drei Häuser in Ost-Jerusalem abgerissen“, ruft Angela Godfrey-Goldstein vom Israelischen Komitee gegen Hauszerstörung (ICAHD) in den Hörer. Die aus Südafrika stammende Jüdin kennt der Autor dieser Zeilen von Demonstrationen. „Wo?“ In Ost-Jerusalem benötigt man einen Anhaltspunkt, da in manchen Vierteln weder Straßennamen noch Abwasseranschluss existieren. Jabbal Mukkaber? Dorthin würde man finden. Hauszerstörung war das erste Symptom der Militärbesatzung. Ins Herz Jerusalems rollten nur Stunden nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 die Bagger, Dynamit erledigte den Rest und zermalmte die seit dem Mittelalter vor der Klagemauer stehenden 135 palästinensischen Häuser im Marrokaner-/Mughrabi-Viertel.

Israel vernichtet bis heute Häuser – aus militärischer Notwendigkeit, als Strafe für die ausgeführte Terrorattacke eines Familienmitglieds oder weil keine Baugenehmigung vorliegt. Die bleibt für Palästinenser:innen Ost-Jerusalems oder des C-Gebiets im Westjordanland fast immer ein Traum. Meir Margalit von ICAHD und ehemaliges Mitglied im Jerusalemer Stadtrat, weiß, was Palästinenser:innen zu hören bekommen: Es gebe weder einen Bebauungsplan noch einen Wasseranschluss, das Grundstück liege im Grünstreifen oder über einer historischen Stätte, die noch ausgegraben werde. Margalit: „Die Stadtverwaltung weigert sich ständig, ihnen legales Bauen auf eigenem Grundstück zu erlauben.“ Das vor 25 Jahren gegründete Komitee hat ermittelt, dass seit 1947 in Israel und den besetzten Gebieten über 131.000 palästinensische Häuser zerstört wurden.

Seit 1947 ...

So weit müsse man zurückgehen für eine Wurzelbehandlung des Konflikts, meint ein weiteres Geburtstagskind: die israelische Organisation „Zochrot“ (weibl. Pl. „erinnern“). Sie kämpft seit 20 Jahren dafür, dass Israel „die fortbestehenden Ungerechtigkeiten der Nakba“ anerkennt, Verantwortung übernimmt und Wiedergutmachung leistet. Nakba (arab. Katastrophe) meint Flucht und Vertreibung von mindestens 700.000 Palästinenser:innen, Entvölkerung von 500 bis 600 Dörfern, Verlust von Häusern, Fabriken und Plantagen vor und nach der Staatsgründung Israels. Darüber klären die fünf Mitarbeiter:innen in tatsächlichen und virtuellen Touren auf. Wenn möglich lässt Zochrot einen Heimatvertriebenen durch sein früheres Dorf führen, von dem vielleicht nur noch das



Foto: Johannes Zang

Mair Magalit von ICAHD vor einem zerstörtem Haus

Minarett steht, ein Kirchturm oder Grabsteine. „Wenn sie die Ruinen ihrer Häuser berühren, berühren sie damit auch den schmerzhaften Moment ihrer eigenen Vertreibung“, weiß man bei Zochrot. Indem man Vertriebene zu Wort kommen lässt und die Tour mittels Film und Broschüre festhält, erfahren sie „Anerkennung und Augenblicke der Heilung.“ Anlässlich des 20. Geburtstages startete Zochrot die Kampagne „Zehn Tage der Rückkehr“ mit Podiumsdiskussionen und Touren, dazu die App iNakba sowie die Kampagne #ExposeJNF. Hinter dem Kürzel verbirgt sich der Jüdische Nationalfonds, dessen Erholungsparks in Israel zum Teil über zerstörten palästinensischen Orten errichtet wurden.

Dortige Infoschilder, erklärt die Medienverantwortliche Berekdar, verschweigen die palästinensische Vergangenheit. Zochrot-Aktivitäten zielen darauf, „die Wahrheit über israelische Verbrechen und die palästinensische Geschichte“ bekannt zu machen. Doch werden regelmäßig mehrsprachige Schilder mit dem ursprünglichen arabischen Ortsnamen gewaltsam entfernt – von mutmaßlich national-religiösen Jüd:innen. Bereits vor zehn Jahren wurde das sogenannte Nakba-Gesetz verabschiedet, das öffentliches



Foto: Johannes Zang

Gedenken unter Strafe stellt. Dann musste die Organisation ihr Büro schließen. Shir Hever, Israeli in Heidelberg und Mitarbeiter von BIP, dem Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinenser:innen, weiß die Hintergründe. Die hauptsächlich europäischen Förder:innen „beschlossen, die Finanzierung einzustellen, nachdem sie von rechten israelischen Organisationen angegriffen wurden.“ Für Hever ist das „sehr traurig“, denn Zochrot sei „unglaublich wichtig“, auch weil es den „den Begriff Nakba weithin bekannt gemacht“ habe. Zochrot erinnert dennoch israelische Bürger:innen an die Wurzel des Konflikts, überzeugt, dass in der Anerkennung eben dieser Nakba „eine Chance für ein besseres Leben aller Einwohner:innen“ liegt.

Nachwuchssorgen

Auch Gush Shalom hat „Geburtstag.“ Doch ist der 1992 gegründete und 2001 mit dem „alternativen Nobelpreis“ ausgezeichnete Block des Friedens laut Sprecher Adam Keller „in keinem guten Zustand.“ Aus der 20-köpfigen Kerngruppe sind fast alle jenseits der 70, einige sogar über 80; es gelingt weder Jüngere zu gewinnen noch eine „offizielle Gush Shalom-Aktion“ auf die Beine zu stellen. Daher schließt man sich

etwa zur Ernte-Unterstützung palästinensischer Bäuer:innen der Olive Harvest Coalition an. Immerhin verschickt Keller nach wie vor in Gush Shalom-Tradition aufrüttelnde Botschaften auf Hebräisch und Englisch. Doch glaubt er nicht an „irgendeine größere Veranstaltung“ im Jubiläumsjahr. Für die israelische Politologin Herman wird das Potenzial des Friedenslagers grundsätzlich überschätzt. Ein Blick in die Geschichte zeige, „dass an keinem Ort der Welt Friedensorganisationen von allein eine historische Veränderung und Transformation herbeigeführt haben.“

Johannes Zang ist Autor und betreibt den Podcast Jeru-Salam. Er führt mehrmals im Jahr Gruppen durch Israel/Palästina.



Info zu den erwähnten Organisationen:
icahd.org und icahd.de
zochrot.org
gush-shalom.org

Enteignung im Westjordanland nimmt zu

Europäische Bürgerinitiative will Handel mit völkerrechtswidrigen Siedlungen verbieten

Wiltrud Rösch-Metzler

Israel strebt die Enteignung von Land im Westjordanland an, seit es dieses Gebiet 1967 erobert hat. Der Anspruch auf die palästinensischen Gebiete hat eine neue Schärfe erhalten, seit Israel versucht, die vollständige Kontrolle über die C-Gebiete, ca. 60 Prozent der Landfläche im besetzten Palästina, zu bekommen. Die Regierung setzt den Bau und den Ausbau von Siedlungen fort, was die Besatzung vertieft.

Den Handel der EU mit völkerrechtswidrigen Siedlungen beenden will eine Koalition von mehr als 100 internationalen und europäischen Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter die deutsche pax christi-Sektion. Wir haben dazu eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestartet. Dies ist ein Instrument der EU zur Beteiligung an der Gestaltung der EU-Politik. Wenn eine EBI in zwölf Monaten eine Million Unterschriften sammelt, muss die EU-Kommission die Forderungen der Petition prüfen und sich damit auseinandersetzen.

Drei Trends beim Siedlungsbau

Derzeit sind beim israelischen Siedlungsbau drei Trends zu beobachten: Landwirtschaftliche Außenposten nehmen viel Land in Besitz, der Bau und Ausbau von Siedlungen wird von der Regierung aktiv betrieben und Israel weist im besetzten palästinensischen Gebiet Land als Naturschutzgebiete aus.

Landwirtschaftliche Außenposten

In den letzten Jahren wurden im besetzten Westjordanland etwa 50 landwirtschaftliche Außenposten gegründet. Mit geringem Aufwand (eine Familie und ein paar Jugendliche, die Schafe oder Kühe auf einem Hügel hüten) können Siedler:innen enorme Landflächen in Besitz nehmen und palästinensische Bäuer:innen von dem Land vertreiben.

Ein Beispiel: Anfang März errichteten israelische Siedler:innen einen „landwirtschaftlichen Außenposten“ 400 Meter vom palästinensischen Dorf Battir bei Betlehem entfernt. Er liegt in einem UNESCO-Weltkulturerbe-Gebiet.

Staatsland

Die Ausweisung von „Staatsland“ ist Israels Methode, sich Land im Westjordanland und Ostjerusalem anzueignen. Palästinensisches Land, das über einen bestimmten Zeitraum nicht bewirtschaftet wurde, wird zu „Staatsland“ erklärt. Etwa ein Sechstel des Westjordanlands einschließlich Ostjerusalem

ist „Staatsland“. Andererseits verhindert Israel palästinensische Bautätigkeit und lässt palästinensische Häuser abreißen. Ob eine Siedlung errichtet wird oder nicht, entscheidet die Regierung. Beispiele zur derzeitigen Siedlungstätigkeit:

- Am 9. Mai 2022 wurde bekannt, dass 4.427 neue Wohneinheiten genehmigt wurden, darunter u. a. drei illegale Außenposten; die Verfünnfacherung der Siedlung Shvut Rachel südlich von Nablus mit 534 neuen Wohneinheiten; die Verdoppelung der Siedlung Dolev westlich von Ramallah mit 454 Wohneinheiten; 120 Wohneinheiten in Kiryat Arba bei Hebron; die Erweiterung der Industriezone Ariel um 33,2 Hektar; und 1061 Wohneinheiten in Beitar Illit westlich von Betlehem.
- Der Oberste Gerichtshof hat den Bau von 31 Wohneinheiten für Siedler in Hebron genehmigt und die Berufung von Peace Now und der Stadtverwaltung von Hebron abgelehnt. Die Siedlung wird auf dem Gelände des alten Bahnhofs errichtet. Nur die Regierung könnte die Siedlung stoppen.
- Neue Siedlung im Little Petra Hotel am Jaffa-Tor im völkerrechtswidrig annektierten Ostjerusalem: Am 26. März 2022 drangen bewaffnete Siedler:innen in Sicherheitsuniformen in das Hotel ein. Es gehört zu zwei Komplexen, die Siedler:innen seit fast 20 Jahren in einem Rechtsstreit zu übernehmen versuchen: das New Imperial Hotel und das Petra Hotel, große Gebäude, die Hunderte Personen beherbergen können und am Eingang zum christlichen Viertel der Altstadt am Jaffa-Tor liegen. Der palästinensische

Foto: צילום: תלמידי





Beitar Illit, israelische Siedlung in Gush Etzion

Eigentümer hat Eilklage eingereicht. Das Gericht erlaubte aber den Siedler:innen, bis zu einer endgültigen Entscheidung in den Gebäuden zu bleiben.

Naturschutzgebiet

Land, das zum Naturschutzgebiet erklärt wurde, darf ohne Genehmigung des Naturschutzgebietsbeauftragten nicht bebaut, keine Bäume gepflanzt und keine Weideflächen angelegt werden. Jede Ausweisung eines Naturschutzgebietes bedarf der Zustimmung des Verteidigungsministers. Beispiel:

- Nachal Og Nature Reserve bei Jericho: Mitte April wurden rund 2200 Hektar südlich von Jericho zum „Naturschutzgebiet“ erklärt. Es handelt sich um das größte Naturschutzgebiet, das seit 25 Jahren ausgewiesen wurde, die „Nachal Og Nature Reserve“. Etwa 600 Hektar davon sind privates palästinensisches Land, ein weiterer Teil ist staatlich registriertes Land, der größte Teil ist „Staatsland“.

Diese Informationen beruhen auf Recherchen der israelischen Organisationen Yesh Din, Ir Amin und Peace Now.

Was kann getan werden?

- Erheben Sie Ihre Stimme gegen die völkerrechtswidrigen Siedlungen. Die israelische Regierung setzt den Bau und den Ausbau der Siedlungen fort.
- Unterstützen Sie keine völkerrechtswidrigen Siedlungen.
- Verzichten Sie auf Waren aus den völkerrechtswidrigen Siedlungen.

Wiltrud Rösch-Metzler ist Diözesanvorsitzende in Rottenburg-Stuttgart und Mitglied der Nahost-Kommission. Von 2012 bis 2018 war sie pax christi-Bundesvorsitzende.



Fordern Sie mit pax christi und vielen anderen NGOs „Kein Handel mit völkerrechtswidrigen Siedlungen“. Unterschriften Sie hier: stopsettlements.org/german/

„Es ist mir nicht erlaubt zu kämpfen“

pax christi beim Katholikentag

Odilo Metzler



Fotos: Martin Pilgram

Mit einer Zahl an Veranstaltungen – groß wie noch bei keinem Katholikentag – war pax christi beim Katholikentag vom 26. bis 29. Mai in Stuttgart vertreten. Konzipiert und vorbereitet hatten die Podien der Bundesvorstand mit den Kommissionen sowie der Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart.

Der pax christi-Stand im Stadtgarten präsentierte St. Martin, den Patron der Diözese Rottenburg-Stuttgart, als einen der ersten historischen Kriegsdienstverweigerer, wie er das Schwert zerbricht. Bei vielen Gesprächen und Begegnungen ging es um den Krieg gegen die Ukraine, die Frage, wie man damit umgehen kann und was herausführt.

Zwei Ausstellungen zeigten die Situation der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen „Grenz-Erfahrungen“ und weltweite Friedensbeispiele „Frieden machen – Frieden teilen“.

„Wie Europa mit Schutzsuchenden verfährt“, war der Titel eines Podiums mit Eric Marquardt MdEP, Günther Burkard (pro Asyl), Marie von Manteuffel (Ärzte ohne Grenzen) und der Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt Frau Reem Alabali-Radovan, MdB. Es ging um die Öffnung der Grenzen für Asylsuchende und die Abschaffung von Lagern, sogenannten Hotspots. Die Rückführung von Geflüchteten durch Frontex in Lager in Libyen wurde von allen abgelehnt, selbst die Beauftragte der Bundesregierung bezeichnete sie als Sklavenlager. Mathias Leineweber von St. Egidio: „Das Podium zum Thema Flucht von pax christi hat mir ausgesprochen gut gefallen. Kompliment! Ich hoffe, dass mit der neuen Bundesregierung endlich etwas vorangeht!“



Beim Podium „Mauern, Menschen, Mut“ ging es um Erfahrungen aus Israel und Palästina. Fadi Quran, palästinensischer Aktivist beim internationalen Netzwerk Avaaz, sagte: „Hier stehen wir, ein Palästinenser, ein israelischer Jude und eine Deutsche, wir stehen alle für ähnliche Werte, sprechen alle von einer ähnlichen Vision von Gleichberechtigung zwischen den Menschen.“ Michael Sappir, in Israel geborener junger Jude, fragte im Vorfeld israelische Freunde. „Sie sahen es wie ich: als Israeli bekommt man von der Mauer nichts mit. Als Kind glaubte ich, dass wir eine Mauer brauchen, dass dadurch Sicherheit, ja sogar Frieden in die Region einzieht. Doch wir stellten fest: nach 20 Jahren mit Mauer ist keins von beiden eingetreten.“ Muriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik wies hin auf die völkerrechtliche Bewertung des Internationalen Gerichtshofes (IGH), nach der der Bau der Sperranlagen in den besetzten palästinensischen Gebieten völkerrechtswidrig ist, sofort gestoppt, abgebaut und Entschädigung geleistet werden muss. Die illegale Situation durch Mauer, Enteignungen und Zugangsbeschränkungen sei sofort zu beenden.

Weitere Podien gab es zur „Wahrheitsfindung zu Frieden und Versöhnung in Kolumbien“, zu St. Martin als Kriegsdienstverweigerer „Es ist mir nicht erlaubt, zu kämpfen“ mit pax christi-Präsident Bischof Kohlgraf, zu „Gewalterfahrung und der Kampf um politische Selbstbestimmung“ in Belarus, Palästina und Argentinien und „Verantwortung teilen – Sicherheit neu denken! Christliche Friedensethik trifft internationale Politik“.

Außerdem gab es einen Tanzworkshop „Imagine – Friede braucht Visionen“ und eine Friedenskundgebung mit 150 Teilnehmer:innen an der US-Kommandozentrale AFRICOM in Stuttgart zusammen mit der Gesellschaft Kultur des Friedens und Franz Alt.

Odilo Metzler ist Mitglied der pax_zeit-Redaktion und der Kommission Friedenspolitik.

Frieden für die Ukraine und überall Friedensarbeit der Zukunft – Wie geht das?

75 Jahre pax christi-Bewegung in Deutschland und Aufbruch zu friedensethischen und friedenspraktischen Zukunftsperspektiven

Anlässlich des 75-jährigen Bestehens der katholischen Friedensbewegung pax christi in Deutschland, richtet der pax christi-Bundesvorstand einen Friedenskongress aus, zu dem wir hiermit herzlich einladen!

Bitte meldet euch an!

Das Anmeldeblatt findet ihr auf www.paxchristi.de

Die Teilnahme am Programm und die Verpflegung kosten 50 Euro. Eure Übernachtung bucht bitte selber in Pension/Hotel, etc. eurer Wahl in Leipzig.

Informationen über die kleinen Routes, die die pax christi-Diözesanverbände in den Tagen vor dem Kongress hin nach Leipzig organisieren, präsentieren wir in Heft 4_2022 der pax_zeit.

pax christi-Kongress am 19. – 21. Mai 2023 Das Programm in Leipzig

Tagungsort ist die Probsteikirche

Freitag, den 19. Mai 2023

Bis ca. 15:30 Uhr Ankunft
Spuren der Friedlichen Revolution
kennenzulernen
Statio in der Nicolaikirche

17:30 Uhr Abendimbiss

19:00 Uhr 75 Jahre katholische Friedensbewegung
pax christi in Deutschland
Impuls von Präsident Peter Kohlgraf
sowie internationale Grußworte

20:30 Uhr Politisches (Nacht)-Gebet

14:00 – 16:00 Uhr Friedensarbeit sichtbar machen
Gemeinsam mit der Künstlerin Monika
von Bernuth bereiten wir eine Kunst-
aktion vor, zu der wir junge Leipziger
Künstler:innen engagieren.

17:00 Uhr Friedensarbeit der Zukunft –
wie geht das?
Gesprächsrunde zu aktuellen
Fragen mit Friedensforscher:innen,
Friedenspraktiker:innen und inter-
nationalen Gästen

19:30 Uhr Abendessen

Ab 20:00 Uhr Friedenskultur pur

Samstag, den 20. Mai 2023

9:00 – 12:30 Uhr Workshops
zu Zukunftsperspektiven der Friedens-
arbeit, vorbereitet von den pax christi-
Kommissionen

Sonntag, den 21. Mai 2023

9:30 – 10:45 Uhr Festgottesdienst in der Propsteikirche

11:15 – 13:00 Uhr Abschiedstalks und mehr ...



pax christi
Trier

trier@paxchristi.de



Trommeln für den Frieden

Eine grenzüberschreitende Initiative

Gertrud Casel

„Seit Jahrhunderten hat man die Trommel geschlagen, um Männer in den Krieg zu schicken. Heute rufen die Kinder Europas die Kinder der Welt auf, die Trommeln für den Frieden zu schlagen.“ So hat Arthur Haulot, ein belgischer Widerstandskämpfer, der in Dachau inhaftiert war, die Grundidee beschrieben, als er 1976 die Initiative startete. Mit seiner Frau Moussia ist er auch Begründer der internationalen Biennale der Poesie. Seit 1998 werden am Internationalen Tag der Poesie auch die Trommeln für den Frieden geschlagen.

„Trommeln für den Frieden“ wird in über 60 Ländern weltweit durchgeführt und wird bis heute seitens der UNESCO und von UNICEF unterstützt. QuattroPax, ein Friedens- und Solidaritätsnetzwerk in der Großregion Quattropole mit Luxemburg, Belgien/Wallonie, Elsass-Lothringen, Rheinland-Pfalz und Saarland will diese Initiative grenzübergreifend verbreiten. Gertrud Casel, Trierer pax christi-Mitglied, engagiert sich für die Realisierung dieser länderübergreifenden Friedensaktion. Trommeln für den Frieden ist bisher in Deutschland kaum bekannt und eher im französischsprachigen Raum verbreitet. Im März kommen in vielen belgischen Orten Kinder und Jugendliche mit Verantwortlichen aus Schulen und Gemeinden zusammen und trommeln, tragen eigens verfasste Verse oder Gedichte vor und bekunden, ja feiern ihre Hoffnung auf Frieden weltweit.

In Trier wurde mit Kindern einer Grundschule gemeinsam mit der Trommelgruppe PALONGO, die aus integrativer Flüchtlingsarbeit entstanden ist, diese Friedensaktion durchgeführt. Die Veranstaltung hat gezündet, die Resonanz war groß. Vielfältig beschrieben Kinder der vierten Klasse, was Frieden für sie bedeutet: „Wenn alles wieder normal wird“, „wenn die Bomben und die Angst aufhören“, „wenn wir uns verstehen“.

„Es ist uns ein großes Anliegen, dass Kinder in diesen unruhigen Zeiten an unserer Grundschule hier in Ehrang für den Frieden trommeln können, gegen den Krieg und für den Frieden mobilisieren dürfen“, so die Schulleiterin. Für Gertrud Casel steht fest: „Für das kommende Jahr planen wir wieder eine Trommelaktion im Rahmen der Wochen gegen den Rassismus“.



Kommission Solidarität Eine Welt

Margaret Buslay



Die Kommission unterstützt Friedens- und Menschenrechtsarbeit in Kolumbien und Mexiko. Als Mitglieder der Mexikokoordination und der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien sind wir mit unserer Regierung und Parlamentarier:innen im Kontakt.

Die Menschenrechtssituation ist alarmierend. Allein 2022 wurden bis zum 21. Mai schon 76 kolumbianische soziale Aktivist:innen ermordet. Briefe und öffentliche Erklärungen sollen zum Schutz der Bedrohten beitragen. Auch exzessive Polizeigewalt, Militarisierung des öffentlichen Protestes und willkürliche Verhaftungen dürfen nicht weiter straflos bleiben. Als falsches Signal sehen wir, dass die deutsche Regierung eine deutsch-kolumbianische Polizeikooperation unterhält, ohne strukturelle Reformen zu fordern und im letzten November mit dem NATO-assoziierten Kolumbien ein Militärabkommen abgeschlossen hat. Systematische Menschenrechtsverletzungen werden von den Akteur:innen dieser Abkommen negiert.

Auf dem diesjährigen Katholikentag organisierten wir die Veranstaltung: „Von der Wahrheit zu Frieden und Versöhnung in Kolumbien“. Mit Pressemitteilungen u. a. zum 5. Jahrestag des Friedensabkommens mit der FARC im letzten November und einem Online-Seminar informierten wir über die sehr unzureichende Umsetzung des Friedensabkommens. Dazu gibt es drei neue Factsheets: „Kolumbiens Weg zum Frieden, Die Landfrage – ein Kernelement des Friedensabkommens, Menschenrechtsverteidiger:innen“. Das Dossier „Sie haben den Fluss getötet“ zeigt auf, wie deutsche Kredite, Versicherungen

und Technologie Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen am größten Staudamm Kolumbiens Hitroituango absichern. Seit Jahren begleiten wir durch den Kohleabbau geschädigte indigene und afrokolumbianische Gemeinden. Die deutsche Regierung will wegen der Sanktionen gegenüber Russland die Kohleimporte aus Kolumbien erheblich erhöhen. Wir wiesen darauf hin, dass die erkämpften Gerichtsurteile umgesetzt werden müssen und eine Erweiterung der Produktion nicht noch mehr Indigenen die Lebensgrundlage zerstören darf. Mit der AG Extraktivismus in Lateinamerika von Pax Christi International fordern wir eine verbindliche menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft.

Historisch ist die Wahl des alternativen, sozial und ökologisch orientierten Gustavo Petro zum Präsidenten, der das Friedensabkommen von 2016 umsetzen möchte. Viele setzen auch große Hoffnung in die erste schwarze Vizepräsidentin Francia Márquez, die gegen die Zerstörung des Territoriums durch Extraktivismus kämpfte und sich besonders für die Rechte der „Namenlosen“ einsetzt. Das Mitte-Links-Bündnis hat im Kongress keine Mehrheit und wird konfrontiert sein mit dem Einfluss der mächtigen reaktionären, teils korrupten „Eliten“.



Alle Materialien befinden sich auf
paxchristi.de

*Wenn du ein Schiff bauen willst,
so trommle nicht Menschen zusammen,
um Holz zu beschaffen,
Werkzeuge vorzubereiten,
Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen,
sondern lehre die Menschen
die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.*

Antoine de Saint-Exupéry

Die Sehnsucht nach Frieden wecken ...

Susanne Warmuth

Anfang Juni sah ich im Kino den Film „Maixabel“ (Spanien 2021, Regie: Iciar Bllain). Er erzählt die wahre Geschichte der Maixabel Lasa. Im Juli 2000 wurde ihr Mann Juan Mari Opfer eines Terroranschlags der baskischen Befreiungsbewegung ETA. Ausgerechnet der Politiker wurde ermordet, der sich immer für einen Dialog mit den Separatist:innen eingesetzt hatte. Der Tod ihres Mannes bringt unsagbares Leid über Maixabel. Zukunft und Lebensfreude sind ihr genommen, der Verlust belastet die ganze Familie und ihr Umfeld. Trostlosigkeit und Schwere liegen wie ein Schleier über allem.

Als ein Versöhnungsprozess zwischen Opfern und Tätern angeregt wird, überlegt Maixabel, sich mit den Mördern ihres Mannes zu treffen. Lange Zeit denkt sie über diese Möglichkeit nach. Man spürt die inneren Kämpfe Maixabels, ihr Ringen, ihre Widerstände und Ängste, aber auch ihren Mut. Bei Spaziergängen am Meer mit dem Blick auf die Weite und Unendlichkeit holt sie sich Kraft.

Freund:innen möchten sie von ihrem Vorhaben abbringen. „Wohin soll das führen? Das bringt doch nichts.“ „Ich muss es tun, ich muss es für mich tun“, erwidert sie ihnen. Sie ist überzeugt, dass ihr Mann Juan Mari das Gleiche tun würde wie sie, das treibt sie an. Mehrmals trifft sie sich mit Luis und Etxezarreta, den Mördern ihres Mannes, die sich mittlerweile

von der ETA losgesagt haben, und die um Gespräche mit der Witwe bitten. Als Maixabel im Jahr 2011 vom Ende des bewaffneten Kampfes der ETA erfährt, sagt sie: „Wir haben es geschafft, Juan Mari.“

Die Sehnsucht nach innerem Frieden, nach Versöhnung hat Maixabel jahrelang angetrieben. Sie hat sich ihre Idee nicht ausreden lassen, folgte beharrlich ihrem Weg. Ihr Schmerz, ihre eigenen Widerstände und die vernünftigen Argumente der anderen konnten sie nicht davon abbringen.

Die Sehnsucht nach Frieden wecken und wachsen lassen. Das klingt in den Ohren vieler nach Naivität. Sehnsucht ist in ihren Augen verletzlich, schwach und kraftlos. Ja, es stimmt, Sehnsucht kann verkümmern, kann vernichtet und zertreten werden. Aber sie kann auch gepflegt und genährt werden und Anfang einer Veränderung werden. „Alles beginnt mit der Sehnsucht“ (Nelly Sachs). Sehnsucht kann Kräfte freisetzen, so sehr, dass man beginnt, ein Schiff zu bauen. Oder dass man seinen Teil zum Frieden, zum Reich Gottes beitragen möchte.

Susanne Warmuth ist Geistliche Beirätin von pax christi Würzburg



Keine Aufrüstung ins Grundgesetz

Protest gegen 100 Mrd.
sogenanntes Sondervermögen

pax christi hält die Entscheidung für eine solch weitreichende Aufrüstung mit Verfassungsrang für den falschen Weg. Wir befürchten, dass diese größte Rüstungsinvestition in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu einer neuen Rüstungsdynamik führt. Die Mittel für die massive Erhöhung des Rüstungsetats fehlen bei der finanziellen Bewältigung der

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e. V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden

Bedrohung von Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, der Klimakatastrophe und der globalen Ungerechtigkeit. Sie drohen zur Quelle neuer Kriege zu werden. Der Solidarität mit der Ukraine kommen diese neuen Schulden nicht zugute.